

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. Oktober 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 126

### Bekanntmachung

Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins hat in Gemeinschaft mit den Prinzipalskreisvertretern beschlossen, allen tariffreien Prinzipalen eine Erhöhung der im März d. J. bewilligten Teuerungszulagen zu empfehlen. Diese Erhöhung soll mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft treten, sie ist nach den Lokalzuschlägen gegliedert und beträgt

in Orten bis mit 10 Proz. Lokalzuschlag . . . . .	25 Proz. Aufschlag
„ „ über 10 bis mit 15 Proz. Lokalzuschlag . . . . .	50 „ „
„ „ „ 15 Proz. Lokalzuschlag . . . . .	75 „ „

Die Teuerungszulage für Berechner soll jedesmal nach dem Durchschnittsverdienste der letzten sechs Wochen festgestellt werden. Die monatlichen Zulagen für die Gehilfen stellen sich demnach künftig wie folgt:

In Orten

	bis mit 10 Proz. (25 Proz. Aufschlag)		über 10 bis mit 15 Proz. (50 Proz. Aufschlag)		über 15 Proz. Lokalzuschlag (75 Proz. Aufschlag)	
	für Verheiratete	für Ledige	für Verheiratete	für Ledige	für Verheiratete	für Ledige
bei 0—1 Mk. über Minimum	12,50	10,—	15,—	12,—	17,50	14,—
über 1—3 „ „	10,—	7,50	12,—	9,—	14,—	10,50
„ 3—5 „ „	7,50	5,—	9,—	6,—	10,50	7,—
„ 5—7 „ „	6,25	3,75	7,50	4,50	8,75	5,25
„ 7—9 „ „	5,—	—	6,—	—	7,—	—

Dazu kommen für jedes Kind unter 14 Jahren 2 Mk. monatlich.

Der Unterzeichnete verkennt nicht die Schwierigkeiten, mit denen auch die Prinzipale zu rechnen haben, muß aber doch darauf verweisen, daß der großen Teuerung aller Lebensbedürfnisse gegenüber die gewährte Zulage nur einen minimalen Teil der Verfeuerung deckt. Er glaubt daher die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die empfohlene Zulage als Minimum des zu Gewährnden betrachtet wird und dort, wo die Verhältnisse es gestatten, wie es erfreulicherweise mehrfach geschieht, den Gehilfen eine höhere Entlohnung zugebilligt wird.

Über die Durchführung der Teuerungszulagen wollen die Ortsvorstände recht bald ihrem Gauvorstande Bericht erstatten, ebenso von letzterem Verhaltungsmaßregeln einholen, falls Differenzen entstehen.

Berlin, den 27. Oktober 1916.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

#### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Erhöhung der Teuerungszulagen.**

**Artikel:** Zum Inkrafttreten der erhöhten Teuerungszulagen. — Oberwalden. — Gienzburg. — Heilbronn.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmensewerbe Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens. — Geschäftsergebnisse von gesellschaftlich betriebenen Druckereien und Schriftgießereien. Aufstellungen für Zeitungsverleger. — Das Echo auf die Preisgabe der „Papierrolle“. — Papierindustriegewinne. — Abschlagsausgabe in veringertem Umlage. — Befragung wegen Broschürenanwendung. — Lohnhinterziehung bei Militärleistungen. — Nichtpändbarkeit der Kriegsfamilienunterstützung.

**Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre und der Gehilfenvertreter.**

#### Zum Inkrafttreten der erhöhten Teuerungszulagen

Der Monat Oktober ist geht Ende. Die überwiegend monatlich zur Auszahlung gelangenden Teuerungszulagen sollen nun zum ersten Male den in Buchdruckereien Beschäftigten in dem größeren Ausmaße zuteil werden, das die Prinzipalsmitglieder der Tarifgemeinschaft allen Druckerbeitnehmern zu gewähren dringend empfohlen haben.

Daß es Mindestsätze sind, darüber besteht kein Zweifel, wenn auch Prinzipale, denen von jeher das Lohnminimum als der Inbegriff tarifgemeinschaftlicher Verpflichtung erscheint, noch immer anderer Ansicht sein mögen. Daß von Freiwilligkeit bei den Teuerungszulagen keine Rede sein kann, haben wir in Nr. 121 schon mit aller Entschiedenheit betont. Diese sogenannte Freiwilligkeit steht erstens in keinem Verhältnisse zu dem von der Gehilfenschaft gegebenen Eintrage der Zustimmung zur Tarifverlängerung. Zweitens sind die mit der Frei-

willigkeit gemachten Erfahrungen seit Bestehen der Richtlinien derartig, daß dieser hemmende Begriff unbedingt in Fortfall zu kommen hat, wenn eine wirkliche, auch von dem Prinzipalsorgan als notwendig bezeichnete Verallgemeinerung der Teuerungszulagen eintreten soll. Drittens hat man anderswo auf dieses Ethik in richtiger Erfassung des sozialen Rechtes verzichtet; noch in den letzten Tagen wurden vor Gewerbegerichten verpflichtende Abmachungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften eingegangen. Viertens ist es ein logischer Kurzschluß, die Teuerungszulagen aus dem eingeschränkteren Kreise der Prinzipalsorganisationsherauszuheben, sie zum Zweck größter Verallgemeinerung auf die breitere Basis der Tarifgemeinschaft zu stellen und trotzdem den Charakter der Freiwilligkeit beizubehalten. Es ist unbegreiflich, daß daran festgehalten worden ist, obwohl die nicht zu knappe Kritik in der Gehilfenpresse — auch der „Typograph“ — befehligte sich mehrmals daran, die deutliche Sprache unserer Gauvorsteherkonferenz und die mündlichen eindringlichen Vorstellungen der Gehilfenvertretung in Goslar über die vielen Druckerbergereien unbedingt davon hätten Abstand nehmen lassen müssen. Was im Frühjahr noch hingenommen worden ist von den Gehilfen, das durfte nach den Vorgängen dieses halben Jahres nicht erneuert werden! Die Fälle von Nichtkönnen, die durch die immerhin nicht unbefriedigende Durchführung der Druckpreiserhöhung doch beträchtlich vermindert wurden, dürfen schwerlich so stark in Berücksichtigung gekommen sein — was aber sonst, wo alles demnach für Verpflichtung spricht? Der moralischen hat die „Zeitschrift“ selbst unzweideutigen Ausdruck gegeben, der tatsächlichen noch unverkennbarer das Tarifamt in einem Schreiben, das wir in Nr. 121 bereits erwähnt haben. Weil wir Firmen kennen, die den Winkelzug mit der Freiwilligkeit sich bis jetzt zunutze gemacht haben, um sich eine Extrawurst zu braten, ihre Gehilfen

aber zu benachteiligen, deshalb ist von uns diesmal gleich mit allem Nachdruck Einspruch erhoben worden gegen die Freiwilligkeit. Was jenen Prinzipalen bis jetzt gegliedert ist, damit soll und muß es nun ein Ende haben. Etlliche stehen bei uns „lehr gut angeschrieben“ und könnten sich darauf verlassen, als erste mit ihrem falschen sozialen Verständnis und Getue der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Es müssen gewisse Hinterfüren verperrt werden, wozu auch die Überstundenanrechnung zählt. Die Freiwilligkeit hat recht duftende Blüten gezeitigt, die schlimmste jedenfalls in einer Mainstadt, wo ein in Kündigung stehender Gehilfe sein Verlangen nach Auszahlung der Teuerungszulage mit einer klaffenden Ohrfeige quittiert sah. Der skandalöse Fall wird noch im „Korr.“ näher geschildert werden. Also nichts da von Freiwilligkeit, sondern Verpflichtung auf die erhöhten Richtlinien als Mindestsätze für die Gehilfenschaft; als eine Entscheidung dafür, daß sie in der Kriegszeit von einer Abänderung des Tarifs Abstand nahm, die ihr jedenfalls eine Erhöhung ihrer Entlohnung gebracht hätte“, wie die „Zeitschrift“ mit Recht erklärte.

Das Maß der Erhöhung der Richtlinien gibt zu besonderer Befriedigung auch keine Veranlassung, sofern das Annah von Verfeuerung des Lebensunterhaltes überhaupt davon noch sprechen läßt. Man kann im Interesse eines besseren Ausgleichs der ja doch noch unterschiedlichen Teuerungsvhältnisse die Einteilung nach Lokalzuschlägen an sich aufheben. Wir empfahlen schon im Frühjahr (Nr. 40) den Weg mit den drücklichen Teuerungsvhältnissen angepaßten Mindestsätzen als gangbarer zu beschreiten, um größtmögliche Verallgemeinerung der Teuerungszulagen zu erreichen. Weiter kann auch gesagt werden, daß eine allgemeine Durchführung wenigstens der Mindestsätze mehr Befriedigung hervorrufen würde, wie es von uns in Nr. 121 gleich unter dem Gesichtspunkte, daß bisher von

diesem jetzt so seltenen Stadium menschlichen Empfindens und Befindens nichts zu merken war über unsere Steuerungs-  
zulagen, denn die wirklich guten und nachahmenswerten Ver-  
schänerungen unter dem Überdruck des Ungenügens. Troh-  
dem wird eine bessere Regelung nicht nur für not-  
wendig, sondern auch als möglich betrachtet werden  
können. Warum es dazu nicht gekommen ist, welche  
Bremsklöße sich wieder vorgelegt haben und aus welcher  
Zwecklosigkeit, wissen wir nicht, wenn man darüber  
auch nicht groß zu orakeln braucht. Jedenfalls hätten die  
berufenen Prinzipale auch besser getan, die gewiß sofort  
zur Verfügung gestandene Gehilfenschaft ein zweites  
Mal noch in Leipzig zu hören, etwa zwischen der ersten  
und zweiten Lesung der hier erst formulierten Sätze. Auch  
der unklare Zug mit der Freiwilligkeit wäre dann sicher  
ausgemergelt worden.

Man kann es den zwei Kategorien der Gehilfenschaft,  
die mit nur 25 und 50 Proz. Erhöhung beschieden worden  
sind, nicht verargen, wenn sie darin ein sehr unge-  
nügendes Anpassen an die im Galopp tempo sich verschlin-  
nende Steuerung erblicken. Ein höheres Anpassen von  
unten auf wäre doch geboten gewesen. In der zweiten  
Klasse befinden sich zudem recht ansehnliche Druckorte,  
die mit ihren 15 Proz. Lokalzuschlag eigentlich schon zu un-  
günstig stehen. Der in dem Konferenzbericht aus dem  
Gau Bayern in dieser Nummer (siehe „Korrespondenzen“)  
bezeichnete Weg würde den jetzigen Verhältnissen mehr  
Rechnung getragen haben. Vier Klassen: bis 7 1/2 Proz.  
Lokalzuschlag um 50 Proz. Erhöhung, über 7 1/2—12 1/2 Proz.  
Erhöhung um 65, über 12 1/2—17 1/2 Proz. um 85 und  
über 17 1/2 Proz. Lokalzuschlag Erhöhung um 100 Proz.,  
wäre aber noch richtiger gewesen. Das Ei des Kolumbus  
soll jedoch auch das nicht sein. Freilich würde, da der un-  
gerechte Stempel der Freiwilligkeit nicht beiseite gelassen  
ist, die notwendige weitestehende Respektierung zum wenigsten der  
erhöhten Mindestsätze dann wohl nicht so Platz greifen,  
wie es jetzt sein muß.

Die „Zeitschrift“ schrieb am 28. April in einem offiziellen  
Artikel: „Zunächst ist zu betonen, daß die Richtlinien  
keine bestimmten ziffermäßigen Vorschriften sein  
sollen und mehr den Charakter von Mindestvor-  
schlägen haben“. Das gilt auch von den erhöhten Richt-  
linien! Wo also die Verhältnisse es nur irgendwie ge-  
statten, sollte darüber hinausgegangen werden. Die Be-  
kannmachung des Vorstandes an der Spitze dieser  
Nummer weist darauf ja sehr deutlich hin. Wenn ein  
Nicht genau erfahrender Teil der Prinzipale anerkennenswerter-  
weise danach schon gehandelt hat, so sollte das in Zu-  
kunft noch weit mehr geschehen, denn die Steuerung  
ist unerträglich geworden, und die von den verbliebenen  
Gehilfen jetzt so leistende Arbeit verdient wirklich eine be-  
sondere Anerkennung. Die Lohnskalen brauchen also nicht  
als ziffermäßige Vorschriften zu gelten, es kann die höchste  
als Einheitsmaß genommen werden, oder es kann sonst eine  
bessere Regelung stattfinden. Es ist auch nirgendwo bestimmt,  
daß die Maschinenheber insolge des zum Maßstabe ge-  
nommenen allgemeinen Minimums bei Seite stehen oder  
leer ausgehen sollen; bei den gegenwärtig verlangten  
Leistungen müßte hier ebenfalls annehmbares Entgegen-  
kommen erwartet werden. Wenn man die in der „Rund-  
schau“ dieser Nummer befindliche Zusammenstellung der  
Lohnenden und Gewinne der Buchdruckereilaktiengesell-  
schaften usw. durchgeht, wird ersichtlich, daß die Abschlässe im  
allgemeinen doch besser ausgefallen sind, als anzunehmen  
war. Auch die Zeitungsverleger haben (siehe darüber  
ebenfalls in der „Rundschau“) ihre Position in weite-  
rem Umfang verbessern können. Für die mittleren und kleinen  
Lohndruckereien ist seit dem Frühjahr ebenfalls mancher  
Fortschritt erzielt worden, wenngleich durch den Papier-  
wucher die Aufträge sich vermindert haben.

In den letzten Tagen der vorigen Woche war in einigen  
größeren Blättern von Mitteilungen die Rede, die das  
Generalsekretariat des Vereins Deutscher Zeitungsverleger  
verfaßt hat. Unter anderem wird darin gesagt, auf die  
Seherlöbne sei eine freiwillige Kriegszulage von 10 Proz.  
gewährt worden. Es hat den Anschein, als wäre damit  
die bisherige Steuerzulage im Buchdruckergewerbe ge-  
meint. Dann würde es mit den 10 Proz. aber schlecht  
stimmen. Bis jetzt gingen unter Zugrundelegung des all-  
gemeinen Minimums ohne Lokalzuschläge die Richtlinien  
für Beiräte von 3,93 bis zu 2,92 Proz. und für Redige  
von 7,14 bis auf 2,24 Proz. herab. Im Durchschnitt der  
Lohnskalen ergaben sich nur 5,4 bzw. 3,53 Proz., selbst  
unter Berücksichtigung der Mehrleistungen würden also die  
10 Proz. keineswegs erreicht sein. Wir hatten damit  
gerechnet, daß man durch prozentuale Berechnung die Steuer-  
zulagen einmal ausmischen würde, darum wurde  
von uns in den Nr. 121 und 122 gleich eine Umrechnung  
der neuen Richtlinien nach Prozenten (bei Durchschnitts-  
berechnung der Lohnskalen und Lokalzuschläge) vorge-  
nommen. Auch stand eine gewisse Verbilligung durch die  
25, 50 und 75 Proz. zu erwarten, die ja nicht das Maß  
der Steuerzulagen darstellen, sondern nur die jetzige  
Größe der vor dem allzu minimalen Richtlinien. Es ist  
in solchen Dingen immer V-rücht geboten, denn es gibt  
Prinzipale, die gern mehr aus einer Sache machen, ob-

wohl gerade sie häufig keine befallswürdigen Exempel  
liefern.

Wie die Stimmung in der Gehilfenschaft ist, davon  
gibt der in dieser Nummer veröffentlichte Bericht über die  
Ortsvorsitzendenkonferenz im Gau Bayern unverkennbar  
Zeugnis. Es muß daher mit aller Bestimmtheit von den  
Prinzipalen erwartet werden, daß sie sich dessen mehr be-  
wußt zeigen, was die bitter-schwere Not der Zeit  
fordert, und was die Gehilfenschaft als Gegen-  
leistung für die Tarifverlängerung zu verlangen  
hat. Keinesfalls dürfen wieder lokale oder regionale Ein-  
wirkungen stattfinden, die auf eine Verkümmernng des  
obenein unzulänglich Gewährten hinauslaufen. Keine  
Eigenmächtigkeiten bei den Kinderzulagen, den Reklami-  
erten gegenüber und beim Aufheben während eines  
Monates! Auch nicht bestehende Schwierigkeiten über  
Gebühr aufbauen, wie es in Elsbach-Vöhringen der Fall  
zu sein scheint, wo die Gehilfenschaft bis jetzt recht schlecht  
davongekommen war.

Von unsern Kollegen aber ist entschiedeneres Auftreten  
zu fordern, wenn die Zustände wieder zu mager be-  
messen werden. Die Tarifschiedsgerichte sind in solchen  
Fällen ungesäumt anzurufen, das Tarifamt hat nun auch  
eine bessere Sandhabe. Zu den Tariforganen dürfen wir  
Zutrauen haben, daß sie schnell und zu arbeiten. Inste  
Organisation aber wird nötigenfalls das letzte Wort  
sprechen — klar und ganz zweifelsohne. Die örtlichen Vor-  
sitzenden und Vertrauensmänner müssen allenthalben gut  
auf dem Posten sein und immer für prompte Unterrichtung  
ihres Gauvorstandes sorgen. Der Bekanntmachung des  
Verbandsvorstandes ist gehörige Beachtung zu schenken.  
Es gilt manches nachzuholen. Dazu bedarf es aber der  
Mitwirkung aller, wie auch die Organisation jedem Rück-  
halt bieten wird.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

J. S. Gau Bayern. Für den 21. und 22. Oktober  
war eine Ortsvorsitzendenkonferenz in das „Ge-  
werkschaftshaus“ nach München einberufen, an der außer  
dem gesamten Gauvorstande 30 Funktionäre der Mitglieds-  
schaften des Gaues Bayern teilnahmen. Die Konferenz  
sollte in der Hauptsache der Besprechung der allgemeinen  
Lage und zur Information über verschiedene, durch die  
Kriegsverhältnisse bedingte Maßnahmen innerhalb unserer  
Organisation dienen. Damit war zugleich die Bericht-  
erstattung über die letzte Gauvorsitzerkonferenz verbunden.  
Der Eintritt in die Verhandlungen widmete Kollege Seitz  
den gefallenen Mitgliedern des Gaues einen tiefempfun-  
denen Nachruf; die Anwesenden ehrten in üblicher Form  
deren Andenken. Abergend auf Punkt 1 der Tages-  
ordnung: „Bericht über die allgemeine Lage und über die  
Beratungen und Beschlüsse der letzten Gauvorsitzerkon-  
ferenz“, gab Kollege Seitz Kenntnis von dem Verlaufe der  
Verhandlungen in Berlin und Goslar, nichts unberück-  
sichtigt lassend, das dazu beitragen könnte, den An-  
wesenden ein klares Bild der gegenwärtigen Situation  
mit all den sich bietenden Schwierigkeiten zu entrollen.  
Auf die mit Beifall ausgenommenen Ausführungen hier-  
näher einzugehen, erübrigt sich unter Hinweis auf die aus-  
führliche Behandlung all der Fragen im „Korr.“. In der  
anschließenden Diskussion zeigte sich, daß man allerorts  
hinter den Beschlüssen der Gauvorsitzerkonferenz steht. Zu  
Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Steuerzulagen und  
deren Durchführung im Gau“, brachte der Vorsitzende die  
im „Korr.“ Nr. 121 und 122 veröffentlichten neuen Sätze  
der Steuerzulagen zur Kenntnis und wies mit be-  
sonderem Nachdruck darauf hin, daß diese Steuerzulagen  
nun von der Tarifgemeinschaft ausgehen, als Gegenleistung  
für die von den Gehilfen akzeptierte Tarifverlängerung  
um ein Jahr. Aus diesem Grunde sollen auch alle vor-  
gezeichneten Wege erschöpft werden, wenn einzelne Firmen  
deren Einführung verweigern. Die folgenden Berichte  
der Vertreter der Mitgliedschaften behandelten, daß das  
bisher Gewährte selbst da, wo man die bisherigen Sätze  
im vollen Umfang gegeben, ganz und gar unzureichend  
war. Da und dort habe die Unzufriedenheit der Perso-  
nale durch das Verhalten einzelner Prinzipale einen Grad  
erreicht, daß, wenn diese Herren bei der Durchführung der  
jetzigen Sätze uns nicht mit mehr Verständnis für die Lage  
der Gehilfen entgegenkommen, ernsthafte Konflikte nicht  
ausgeschlossen seien. Mit Recht wies ein Redner darauf  
hin, daß die Gehilfenschaft ihre ganze physische Kraft ein-  
setze, den Geschäften trotz Gehilfenmangel das Durchhalten  
zu ermöglichen; dies bedinge aber, daß uns auch die  
Mittel in die Hand gegeben werden, durchzuführen. Was  
den neuerlichen Vorschlag betrifft, hätte man erwartet, daß  
Orte mit 15 Proz. Lokalzuschlag noch 75 Proz. Aufschlag,  
solche mit 10 Proz. noch 50 Proz. auf die bisherigen Sätze  
erhalten würden. Das Resultat der ganzen Erörterungen  
zu diesem Punkte wurde dem Verbandsvorstand in einer  
längeren Resolution übermittelt. Eingangs dieser Resolu-  
tion findet die übereinstimmend geäußerte Unzufriedenheit  
allerorts mit dem bisher Gewährten Erwähnung und  
kommt zum Ausdruck, daß auch die neuerlich ins Auge  
gefaßten prozentualen Zuschläge zur Steuerzulage keinen  
betriebliehen Ausgleich bieten. Eine Wiederholung der  
gemachten Erfahrungen bei Einführung der ersten Steuer-  
zulagen, wo einzelne Prinzipale und ganze Bezirke  
des Deutschen Buchdruckervereins sich der Einführung  
hemmend entgegenstellten, würde diese Unzufriedenheit  
wesentlich verschärfen, so daß Konflikte nichts Unmögliches

wären. Am Schlusse der Resolution wird dann gesagt:  
Die an der Konferenz Beteiligten sind fest entschlossen, wo  
die Verhältnisse es irgendwie gestatten, den berechtigten  
Forderungen jedes einzelnen zum Durchbruche zu ver-  
helfen. Vom Verbandsvorstande wie dem Tarifamt wird  
weitmögliche Unterstützung der in Fragen der Steuerungs-  
zulagen vorgehenden Gehilfenschaft erwartet, um so mehr,  
als die Steuerzulagen nur eine Gegenleistung für die gehilfen-  
seitige Zustimmung zur Tarifverlängerung darstellen, was die  
Verpflichtung zur allgemeinen Durchführung in sich schließt.  
Aus den „Mitteilungen des Gauvorstandes“, dem dritten  
Punkte der Tagesordnung, sei hier nur darauf hingewiesen,  
daß der Vorschlag des Gauvorstandes, den erhöhten Gau-  
beitrag bis auf weiteres zu belassen, unter Berücksichtigung  
der dafür angeführten Gründe seitens der Anwesenden ge-  
billigt wurde. Ebenso fand eine unter Punkt 4 gegebene  
Anregung, von der Einberufung eines Gauftags im Jahre  
1917 Abstand zu nehmen, da, solange der Krieg dauert,  
jede Grundlage zu irgendwelchen Beschlüssen fehle, all-  
gemeine Zustimmung; um so mehr, als der Gauvorstand  
erklärte, falls die Umstände geboten erscheinen lassen,  
die Ortsvorsitzer wieder zusammenzurufen. Mit dem Reso-  
lutat zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Regelung der  
Familienunterstützung“, hatte der Gauvorstand den Kol-  
legen Friedrichs betraut. Eine vorliegende Statistik  
zeigte, daß seit Kriegsbeginn aus dem Gauhilfsfonds und  
von 27 Orten bis 1. Oktober 115221,39 Mk. zur Familien-  
unterstützung aufgebracht wurden. Um nun die Unter-  
stützung den Familien auf ein weiteres Jahr sicherzustellen,  
unterbreitete Kollege Friedrichs den Anwesenden einen  
vom Gauvorstande genehmigten Vorschlag, der für die  
fünf großen Städte eine Pauschalsumme vorliehe; eine  
Anzahl anderer Orte erhält zu den von ihnen aufzu-  
bringenden Mitteln pro Quartal und unterstützte Familie  
Zuschüsse; die Kriegserfahren in 93 kleinen Orten, wo  
keine oder nur noch einige Mitglieder mehr vorhanden,  
erhalten die Unterstützung direkt aus der Pauschale an-  
gewiesen. Für die Höhe der Zuschüsse an die Orte ist das  
Verhältnis der noch dort beschäftigten Kollegen zur Zahl  
der dort zu unterstützenden Familien als Grundlage an-  
genommen. Der Vorschlag schließt eine Gesamtausgabe  
von rund 28000 Mk. in sich für die Zeit bis 1. Oktober  
1917. Der Vorschlag, der die Durchführung der Familien-  
unterstützung sicher, mit der wir wieder, wie der Vertreter  
Münchens ausführte, ein neues Ruhmesblatt in den  
Kranz unserer karitativen Bestrebungen einfügen, löste all-  
gemeine Beifälligkeit aus. Kollege Friedrichs richtete  
noch das Eruchen an jene Orte, die hierzu in der Lage  
sind, den Gauhilfsfonds nach Möglichkeit durch Zuwen-  
dungen zu stärken. Nach Erledigung dieser Frage war  
man so ziemlich am Schluß angelangt. Unter „Berichte-  
demem“ be sprach der Vertreter von Würzburg noch die  
Stellung der Buchdrucker zu dem dortigen Gewerkschafts-  
kartell. Auch die Frage der Aufrechnung der Kranken-  
unterstützung der Gewerkschaften seitens der Krankenkassen  
wurde angesprochen. Mit einem warmen Appell an die  
Anwesenden, alles mit einzusetzen zur Hebung der Lage  
der Gehilfenschaft, und mit dem Wunsche, daß ein baldiger  
Friede unser Werk erleichtern möge, schloß der Vorsitzende  
die schön und sachlich verlaufenen Verhandlungen.

Beuthen (O.-S.). Nach siebzehntonntäglicher (doch wohl  
zu langer, Red.) Pause fand hier wieder eine Bezirks-  
versammlung statt. Seit dieser Zeit erforderte von uns  
der Weltkrieg wieder fünf Opfer: Muschallik (Kösel),  
Dlosh (Hindenburg), Wollschick (Kosberg), Hartmann  
(Berlin), Müraß (Benedersdorf). Nach dem Kasernenbericht,  
der erkennen ließ, daß diese Verhältnisse geregelt sind,  
und daß auch die Opferwilligkeit, namentlich in Beuthen  
selbst, eine gute zu nennen ist, gab uns der Gauvorsitzer  
Fiedler einen Rundblick über: „Die Lage unseres Gewerbes  
im dritten Kriegsjahr“. In scharfen Umrissen sei Kriegs-  
beginn bis heute und mit Ausblicken für die Zukunft  
entrollte er uns ein anschauliches Bild; vor allem hervor-  
hebend, was unser Verband getan und was er noch tun  
wird zur Vinderung des Elends, das der Krieg schon und  
noch immer weiter schafft. Die Schwierigkeiten werden  
immer größer. An die Opferwilligkeit der Kollegen werden  
noch weitere Zumutungen gestellt werden müssen. Mit dem  
Ergebnisse der Gauvorsitzerkonferenz war die Verammlung  
einerverstanden. Sie erkannte die zur Zeit schwierige Situa-  
tion unserer Funktionäre an und setzt weiter das Vertrauen  
in sie, uns gewissenhaft zu vertreten. Dies insbesondere  
unserm Gauvorsitzer gegenüber. Reicher Beifall besahnte  
denn auch den Redner für seine Mühe. Es war nicht  
nur eine deutliche Schilderung der Lage, sie wirkte auch  
sichtlich tiefgehend bei jedem. Vorländer bleibt Kollege  
Raß, der sich wieder bereitfinden ließ, bis zum Kriegs-  
ende zu amfieren. Die Verammlung war sehr gut besucht  
und wurde nach vierstündiger Dauer vom Vorsitzenden  
mit dem Wunsche, daß die nächste im Frieden stattfinden  
möchte, mit einem begeisterten Hoch auf unsern Verband  
geschlossen.

L. Düsseldorf. Unsere Oktoberversammlung war  
so traurig besucht, daß der Vorsitzende den Gewohnheits-  
und Gelegenheitszuschauern einen „Kering“ erlassen mußte.  
Gerade in dieser Zeit, wo so mancher Kollege uns selbst,  
muß es Pflicht sein, die Versammlungen zu besuchen,  
damit die Lücken, die der Krieg reißt, doppelt ausgefüllt  
werden können. Besonders den jüngeren Kollegen müßte  
es Pflicht sein, durch regen Versammlungsbesuch das Ver-  
bandsleben durch und durch kennen zu lernen. Der Bericht  
von der Gauvorsitzer- und der Bezirksvorsitzerkonferenz wurde  
vom Kollegen Schippers gegeben und ohne Widerspruch  
von der Versammlung gutgeheißen. Den beim Militär  
weilenden bzw. bis zum 31. Dezember d. J. eingezogenen  
Kollegen umwies Ortsvereins bzw. deren Angehörigen wurde  
ein Weihnachtsgeld von 5 Mk. bewilligt. Beschlüssen  
wurde hierzu noch daß ins Feld oder in die Garnisonen

kein Geld gefandt wird. Die Familienadressen sind an den Kollegen H. Plate, Füllcher Straße 40 II, zu senden. Auch diese Verammlung mußte das Andenken von drei auf dem Schlachtfelde gefallenen und zwei verstorbenen Kollegen ehren. — Die am 1. Oktober aufgenommene Statistik zeigt folgendes Bild: Am 30. September wurden 328 Mitglieder im Bezirke gezählt. Vom 1. Juli 1914 bis 30. September 1916 sind 104 neuegetreten. Zum Heeresdienst einberufen 578 (davon verheiratet 409), entlassen oder beurlaubt 21, gefallen oder beim Militär gestorben 41. In andern Berufen sind noch 8 Kollegen tätig. Aus den Ortskassen wurde an Familienunterstützung bis 30. September 3815 Mk. ausbezahlt.

**Gerswalde. (Halbjahrsbericht.)** In der Versammlung vom 2. April wurde ein Kollege aufgenommen. Der Vorsitzende Heinrich gab einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Kollege Kasper gewählt. Der Vierteljahrsberichtsbericht ergab folgendes Bild: Einnahme 71,19 Mk., Ausgabe 51,26 Mk., mithin Bestand 19,93 Mk. Es folgte die Besprechung örtlicher Angelegenheiten. — Die Versammlung vom 19. August war, nachdem am 21. Mai unsere Frühjahrsbeiratsversammlung stattgefunden hatte (über die bereits im „Korr.“ Nr. 71 berichtet wurde), nur schwach besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Gedächtnis des gefallenen Kollegen Georg Wilhelm (Machschnefer) in der üblichen Weise. Unter „Geschäftlichem“ machte der Vorsitzende einige Mitteilungen von größerem Interesse. Nach Erstattung des Vierteljahrsberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Heinrich gab hierauf den Kartellbericht und entwickelte in seiner Eigenschaft als Kreisbeirat der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ein Bild von der bisherigen Tätigkeit dieser Einrichtung. In drei Zuschussleistungen wurden bis jetzt 118 Fälle erledigt. — In der am 15. Oktober abgehaltenen Generalversammlung erfolgte die Aufnahme von zwei neuangelernten Kollegen; ferner wurde für den einberufenen Ortsvereinsvorsitzenden Wieland Kollege Schenau gewählt. Aus dem nun folgenden Jahresberichte des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß fünf Versammlungen stattgefunden haben. (Zwei mußten wegen zu schlechten Besuchs ausfallen, denn von 25 am Orte tätigen Kollegen waren mit Einschluß des Vorstandes nur sechs bis acht Kollegen erschienen.) In kurzen Zügen gab Kollege Heinrich ein Bild der in den Versammlungen behandelten Gegenstände, wovon als wichtigster Punkt das feinerzeitige Vorgehen wegen Steuerungsulage hervorzuheben ist, wobei unser Ort einigermassen gut abschneift. Sollen wir, bei der diesmaligen Gewährung ebenfalls von einem sozialen Verständnis der hiesigen Prinzipalität sprechen zu können. Der Jahresberichtsbericht war wie immer in musterghäßiger Ausführung von unserm Ortskassierer Wiese gedruckt fertiggestellt. Genanntem wurde Entlastung erteilt und der Dank für sorgfältige Arbeit gesagt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab auf Surb die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Eine Herbstbezirksversammlung wird — nach eingeholter Zustimmung seitens der Bezirksmitgliedschaften — nicht abgehalten, ebenfalls mußte leider festgelegt werden, daß aus Mangel an Mitteln von Bezirkswegen keine Weihnachtsspende an unsere Kriegerfrauen gezahlt werden kann; es müßte dies den einzelnen Ortsvereinen — eventuell durch Erhebung von Einzelbeitrag bis vor Weihnachten — überlassen bleiben. (Kostentilgung schaffte der Gauvorstand einen kleinen Ausgleich.) Der Berichtserstatter.) Alsdann hielt unser fesselvoller Gauvorsteher Reinke einen Vortrag über: „Die Gauvorsteherkonferenz“. In fesselnden Ausführungen gab er den Zuhörern ein anschauliches Bild über alle dort gepflogenen Verhandlungsgegenstände, dabei in der Steuerungsulagenfrage die einmütige Haltung des Verbandsvorstandes und der Gauvorstände hervorhebend; aber auch die Wieder Einführung der vollen Arbeitslosenunterstützung, die Rückvergütung an die Gawe in der Familienunterstützung usw. fanden eingehende Würdigung seitens des Vortragenden. Der Vortrag wurde mit Interesse und Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende sprach — in aufstimmendem Sinne mit den gemachten Ausführungen — dem Kollegen Reinke den Dank der Versammlung aus. Ein Kollege glaubte an dem Verhalten der Organisationsleitung Kritik üben zu müssen, indem er „mehr Rechte“ für die Mitglieder forderte und auch sonst noch über verschiedene andere Angelegenheiten seinen Mißmut ausdrückte. Le der warf er das Schlusswort unseres Vortragenden nicht ab, das ihm vielleicht eine andre Ansicht über den Verband und seine Tätigkeit beigebracht hätte. Im allgemeinen wurde die Unzulänglichkeit der Steuerungsulagen beklagt im Hinblick auf die ungeheure Steigerung aller notwendigen Bedarfsartikel. Sollen wir, daß die Neuordnung die Kollegenschaft etwas mehr befriedigt. Zum Schluss erluchte der Vorsitzende die Kollegen, dem Vorstande das Amt etwas zu erleichtern durch regere Beteiligung an organisatorischen Leben, besonders durch besseren Besuch der Versammlungen. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung.

**St. Flensburg.** Die am 14. Oktober im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Mitgliederversammlung war in Anbetracht der Verhältnisse der jetzigen Zeit gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende Knauer die Erschienenen, besonders den Gauvorsteher Prüter (Kiel). Er gedachte des auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen Oscar Molsken, der als das dreizehnte Opfer unsres Vereins in diesem grausamen Kriege zu beklagen ist. Sodann erteilte er dem Gauvorsteher Prüter das Wort zu seinem Vortrag über die Gauvorsteherkonferenz. Redner schilderte den Anwesenden in anschaulicher und sachlicher Weise die einzelnen Verhandlungsgegenstände vor Augen. Aber die brennende

**Tagesfrage der Steuerungsulage** verbreitete sich Redner des längeren, hervorhebend, daß man über die minimalen Zugeständnisse der Prinzipalität und über die Sandhagen der Regelung der Steuerungsulage enttäuscht gewesen sei. Des weiteren berichtete er auch, daß die Arbeitslosenunterstützung wieder auf die alte Höhe gebracht sei. Der dem Redner gependete Beifall zeigte, daß sich die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden erklärte. Zum Schluß wurden noch verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt.

**-n. Helfbron a. N. (Situationsbericht.)** Immer höher steigt die Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen; es sind bis jetzt 209 Kollegen, immer höher werden auch die Opfer, die der Krieg fordert, und immer schwieriger werden die Ernährungsverhältnisse. Trotzdem bei manchen Prinzipalen ein sehr gering entwickeltes soziales Verständnis für die Not der Zeit. Bei alledem waren unsre zwei letzten Versammlungen noch schlecht besucht. In einer Verammlung wurde von dem Kollegen Reinhardt der Kartellbericht gegeben, wobei mitgeteilt wurde, welche Maßnahmen die vereinigten Gewerkschaften in der Ernährungsfrage verlangt haben. In einer weiteren erstattete Kollege Klein Bericht über die Gauvorsteherkonferenz. In beiden Versammlungen haben die Kollegen ihre Organisationspflichten nicht erfüllt. Das muß anders werden! Es wurde ferner beschlossen, zu Weihnachten an die Frauen der Ausmarschirten 4 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. zur Auszahlung zu bringen. Hierfür werden ungefähr 530 Mk. benötigt. Daneben wurden noch vom hiesigen Ortsverein in einem halben Jahr an den Unterführungsbesatz 354 Mk. abgeführt; ein Beweis echter Buchdrucker-solidarität.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unsrer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Richard Kuchinke (Serne), Anton Herbersheimer (Stuttgart), Berold Görtle und Max Dorst (Sonneberg), Walter Briele (Schneidemühl), Emil Kollische und Karl Stein (Magdeburg), Hermann Dr. Jorik (Erfurt) und Hugo Stahmann (Lüdenscheid); das Eiserne Kreuz I. Klasse erhielt Kollege Fritz Baumler (Ludwigsburg). Damit haben bis jetzt 2267 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Nachahmenswerte Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens.** Die durch ihre Steuerungsulagen schon hervorgeratene Firma W. Boback & Co. in Leipzig und Berlin hat selbst in ihr Buchdruckerei- und Buchbindereipersonal ein Anschreiben gerichtet des Inhaltes: „Da uns bekannt ist, daß eine sehr grobe Preiserhöhung für Kohlen und Papier zu erwarten wird, so empfehlen wir Ihnen dringend, rechtzeitig Ihren Winterbedarf einzukaufen. Im Übrigen dies zu erleichtern, geben wir Ihnen in der Anlage hierzu eine Beiliste.“ Gleichzeitig wurden jedem Angestellten 20 Mk. eingehändigt. — Erfreulicherweise können wir dem jetzt weiteren zur Redaktionschluss eingegangene günstige Nachrichten anschließen: Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gewähren die volle 75prozentige Erhöhung auf alle bisherigen, in beträchtlichem Maße gezahlten Steuerungsulagen. Die Lohnstufen kommen also nicht in Betracht, und auch die vordem schon voll berücksichtigten Maschinenfeger erhalten den ganzen Aufschlag. — Auch die „Leipziger Volkszeitung“ hat die ganzen 75 Proz. allgemein auf die bis jetzt gewährten Steuerungsulagen geschlagen und die Maschinenfeger dabei eingeschlossen.

**Geschäftsverhältnisse von gesellschaftlich betriebenen Druckereien und Schriftgießereien.** Nach den bisherigen Veröffentlichungen der Abschlüsse über das Geschäftsjahr 1915/16 ergibt sich folgendes Bild: G. L. Günther & Sohn (Berlin) verteilte 12 Proz. Dividende; die Straburger „Neuesten Nachrichten“ 11 Proz. Die Druckanstalt Ehold & Kiehlung (Reichshain-Krimmlschau) brachte es sogar auf 15 Proz. (im vorhergehenden Geschäftsjahr 12 Proz.). Eine Dividende von 10 Proz. konnten Union Deutsche Verlagsanstalt (Stuttgart) und die „Allgemeine Fleischzeitung“ (Berlin) auswerfen. G. L. Bruckmann (München) gibt 8 Proz. Die Kunstdruckerei Hermann Schödt (Rends) hat ihre Dividende von 5 Proz. im letzten auf 7 Proz. in diesem Geschäftsjahr erhöhen können. Mit einer guten Verzinsung ihres Kapitals rechnen: Emil Pinkau & Co. (Leipzig) 6 Proz. (6 Proz.), Verlagsanstalt v. G. S. Manz (München-Regensburg) bei einem Gewinne von 16388 Mk. 6 Proz. (5 Proz.), Deutsche Verlagsanstalt (Stuttgart) 6 Proz. (4 Proz.), Chromolithographische Kunstanstalt München 6 Proz., die „Allgemeine Tageszeitung“ (Berlin) ebenfalls 6 Proz. Ferner wirft Otto Eisner (Berlin) 5 Proz. aus (4 Proz.), auch E. Gundlach (Bielefeld) liegt von 4 auf 5 Proz. mit der Dividende. Die Halle'sche Genossenschaftsdruckerei konnte trotz eines rechnerischen Verlustes von 3743,38 Mk. doch 5 Proz. (ebenfalls aus ihrer reichlichen Reserve) zur Verteilung bringen. Die Saarbrücker (Saarbrücken) zählt bei einem Reingewinne von 43344 Mk. (2013 Mk.) 5 Proz. Dividende (4 Proz.). Auf 4 Proz. brachten es die Buchdruckerei Passavia (Passau), die Südaer Miltenbrucker und die Produktivgenossenschaft Vereinsdruckerei (Ehlingen). Auch die Straburger Druckerei und Verlagsanstalt v. R. Schulz & Co. zahlte 4 Proz. (3 Proz.). Mit weniger mußten sich zufrieden geben: E. Mühlhalsers Buch- und Kunstdruckerei (München) 3 Proz., Wallonische Buchdruckerei (Alsfeld) 3 Proz., Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin) 1 Proz. (2 1/2 Proz.). S. Stiery (Würzburg) sieht von einer Dividendenverteilung ab, im vorigen

Geschäftsjahre gab es 3 Proz. Die Stuttgarter Buchdruckerei-Gesellschaft (Cottas Erben) erzielte bei einem Aktienkapitale von 210000 Mk. einen Gewinn von 38732 Mark, die Mannheimer Aktiendruckerei bei 20000 Mk. Kapital einen Gewinn von 302,20 Mk. Der obere Abschluß von 1917/18 Mk. will der Treuhverein Freiburg i. Br. keinen Gewinn verteilen. Die Buchdruckerei Strauß (Berlin) erzielte einen Rohgewinn von 148723 Mk. (122536 Mk.), das 2 Millionen betragende Aktienkapital bleibt aber dividendenlos. Eine weltliche Besserung ihres Geschäftsjahres konnte die Druckerei v. B. Bulch (Straburg) verzeichnen, in dem abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte sie einen Reingewinn von 8423 Mk., gegen 8720 Mk. Verlust im vorherigen. Von den Schriftgießereien liegen bisher nur drei Ergebnisse vor: D. Stempel (Frankfurt a. M.) 15 Proz. Dividende (im vorherigen Geschäftsjahre 9 Proz.), Berthold (Berlin) 4 Proz. (8 Proz.). Dagegen schließen Genzsch & Henje (Hamburg) mit einem Verluste von 14942 Mk. ab. Die günstigeren Abschlüsse von früher haben sich also im allgemeinen besser behaupten können, als nach Lage der Verhältnisse zu erwarten stand. Die akzeptablen Resultate überwiegen auch die schlechten.

**Aufbesserungen für Setzungsverleger.** Der „Setzungsverlag“ bringt in seiner Nummer vom 27. Oktober eine Zusammenstellung der neuerdings von Stadtverwaltungen und andern Behörden bewilligten Erhöhungen der Pauschalen für amtliche Bekanntmachungen und Bewilligungen öffentlicher Art, womit eine frühere (21. Juli) ergänzt wird. Nachstehend entnehmen wir daraus nur die — lagen wir einmal — Steuerungsulagen für Setzungsverleger, die in unsern bisherigen Veröffentlichungen noch nicht aufgeführt waren: Dem „Heider Anzeiger“ wurde vom Kreisaußschusse die Pauschale für den Druck für die Zeit vom Kriegsbeginn bis Ende v. J. um 3000 Mk. erhöht; weitere Aufbesserung wurde in Aussicht gestellt. Der „Brähler Anzeiger“ erhielt für amtliche Anzeigen von der Stadtverordnetenversammlung wie im Vorjahre 300 Mk. extra. In Bad Schönefeld, einem Städtchen in der Neumark von nur 2600 Einwohnern, strengte man sich an, indem der „Neumärkische-Pommersche Post“ die Anzeigenpauschale von 150 auf 500 Mk. jährlich erhöht wurde. In Straburg i. E. erhielt die „Freie Presse“ 300 Mk. für die amtlichen Anzeigen bewilligt. Die Stadtverwaltung in Darmstadt hat den dortigen Blättern zum nämlichen Zweck 25 Proz. Aufschlag für die Dauer des Kriegs und rückwirkend bis 1. Oktober 1914 gewährt. Die Anzeigen des Gas- und Wasserwerkes werden besonders vergütet. In Alstedt wurde die Pauschale für amtliche Bekanntgaben um 150 Mk. heraufgesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung in Sangerhausen begünstigte sich mit einmaliger Extravergütung von 300 Mk. an beide dortige Zeitungen. In Schwartau erhält das Blatt jedoch nur 50 Mk. jährlich mehr. Die Setzungsherausgeber in Hamm in Westfalen beantragten die Erhöhung der Anzeigenpauschale und erhielten anstatt bisher 900 Mk. nun 2000 Mk., zunächst für laufendes Jahr. Der Gemeinderat von Eisfeld (Thür.) fand einen andern Modus: es wird nach Seiten gezahlt mit 50 Proz. Rabatt. In Delitzsch erhielten die beiden Zeitungen je 250 Mk. Aufbesserung für dieses Jahr bewilligt. Wenn man diese Zusammenstellung überfliehet, ergeben sich beträchtliche Abweichungen, die nicht immer ihren Grund in der Größe der Städte haben. Im allgemeinen ist aber doch ein merklicher Fortschritt zu konstatieren im Entgegenkommen der Behörden.

**Das Echo auf die Preisgabe der „Papiernot“.** Aber die in voriger Nummer behandelte Enthüllung des Vereines sächsischer Papierfabrikanten, zuerst vom „Berliner Tageblatt“ und gleich darauf von der „Papierzeitung“ gebracht, hat im Pressewalde ein Rauschen angebahnt, aus dem laute Freude über den so gründlichen Reinfall zu vernehmen ist. Sie hatten es auch gar bunt geschrieben die Papieragrarier, und daß sie mit keinem Sterbenswürdein ihrer wucherlichen Preise Erhöhung tun, wird ihnen nach Gebühr von neuem angekreidet. Ihr Wortschrei nach Abschören der Papierparasiten wird also verhalten, wenn die Herrschaften nicht von den ländlich hohen Preisen ablassen.

**Papierindustrieerfolge.** Die Zellulose- und Papierfabrik A.-G. in Kamersdorf erzielte 1915/16 einen Bruttoerfolg von 331496 Mk., woraus die frühere Unterbilanz von 387417 Mk. gedeckt und die hohe Überschreibung von 320960 Mk. vorgenommen wurde. Der Abschluß wurde vorgezogen. Neuer Papier- und Pergamentpapierfabrik A.-G. in Neuß konnte nach Deckung des vorjährigen Verlustvortrages (28087 Mk.) eine sechsprozentige Dividende verteilen.

**Abreihbuchausgabe in verringertem Umfang.** Für das Jahr 1917 wird das Stuttgarter Abreihbuch auf das Namensverzeichnis der Einwohner beschränkt werden. Der Papierwucher — nicht Papiernot — dürfte hierzu bestimmend gewesen sein. Wenn die Papierlieferanten allein dafür mit den eignen Nerven geschlagen würden, möchte es gehen, so ist der Buchdruck aber der mitleidende Teufel.

**Befragung wegen Broschürenentwendung.** Das Schöffengericht in Hamm i. W. verurteilte einen Buchbinder, der in der Buchdruckerei, die ihn beschäftigte, die Broschüre in seine zusammenzubinden hatte, davon aber etliche Male einige entwendete, zu sechs Monaten Gefängnis. Verschiedene Frauen, an die der Buchbinder solche Scheine ablieh, kamen mit 50—150 Mk. Geldstrafe davon.

**Lohnniederziehung bei Militärleistungen.** In diesen Zeiten ungezügelter Profitlust gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß der bei Arbeiten für das Heer festgesetzte oder vertragsmäßig bestimmte Lohn von gewissenlosen Unternehmern nicht gezahlt wird. Im Berliner Schneidergewerbe sind schon massenhaft Klagen deswegen anhängig

gemacht worden, die Beurteilungen lauten zumest nur auf Nachzahlung; Entziehung von Seereslieferungen kam in schwereren Fällen vor. In Mannheim nur handlich die Strafammer einen solchen Ehrenmann, der durch Nichtzahlung des vertragsmäßigen Lohnes die beschäftigten Arbeiter um 11000 Mk. betrogen hat, etwas kräftiger vor, indem ihm zwei Monate Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe diktiert wurden. Daß dieses Urteil zu hart wäre, kann nicht gesagt werden.

**Unpfändbarkeit der Kriegsfamilienunterstützung.**  
Das Reichsamt des Innern hat alle Bundesregierungen ersucht, der rechtlichen Auffassung des Reichsjustizamts Beachtung zu verschaffen, die dahin geht: „Nach dem Zweck des Gesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 stellen sich die Unterstützungen als Beiträge zum Unterhalt dar. Dem entspricht es, sie hinsichtlich der Unpfändbarkeit den auf gesetzlicher Vorchrift beruhenden Unterhaltungsfordernungen (§ 850 Nr. 2 der Zivilprozedurordnung) gleichzustellen. Aus der Unpfändbarkeit des Unterstützungsanspruchs ergibt sich ohne weiteres, daß er der Aufrechnung nicht unterliegt und nicht abgetreten werden kann. (§§ 394, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.)“

**Verschiedene Eingänge.**

„**Typographische Jahrbücher.**“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 9. 37. Jahrgang. 1916. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 7,20 Mk.

„**Schweizer Graphische Mitteilungen.**“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 34. Jahrgang. Heft 8 u. 9. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 3,40 Mk. (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von W. Schneider & Co., Nachfolger von E. Kirchner-Engler, St. Gallen, St. Leonhardsstraße 6.

„**Nordische Boktryckare Konst.**“ Zeitschrift für Buchdruckerei, Buchgeschichte, Buchkunst und Reklamewesen.

Herausgegeben von Karl Lagerström in Stockholm. Text in schwedischer Sprache. Jahrgang 1916. Heft 9. 17. Jahrgang. Bezugspreis im Auslande für ein Vierteljahr 2,75 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.

„**Gehen wir einer Hochkonjunktur entgegen?**“ Eine Untersuchung über die Geschäftslage nach dem Kriege von Dr. Oskar Stille. Preis 1 Mk. Zu beziehen durch den Industrieverlag G. m. b. H., Berlin NVV 52, Werlitzstraße 7.

„**Der Naturarzt.**“ 24. Kriegszahl. 44. Jahrgang. Die Schrift erscheint am 1. jeden Monats und kostet jährlich 3 Mk., Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Sallische Straße 20.

„**Für Alle Welt.**“ 55. u. 56. Kriegszahl. 22. Jahrgang. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

„**Ein Wort an die unten und die oben.**“ Von einem deutschen Sozialdemokraten. Preis 30 Pf. Grandische Verlagshandlung, Stuttgart.

„**Die Neue Zeit.**“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Nr. 20—26. 34. Jahrgang. 2. Band. Heft 1. 35. Jahrgang. 1. Band. Preis 25 Pf. pro Nummer, vierteljährlich 3,25 Mk.

**Briefkasten.**

D. P. in M.: Wird gern in diesem Sinn erledigt werden. — R. Sch. in 3.: Die Ziffer stimmt nach dem Manuskript; es ist aber noch beim Verfasser angefragt worden. Weiteres nach Eingang von dessen Antwort. — „Mörgler“: Also nicht erbaut von dieser Entdeckung? Ja, ja, es liebt die Welt. . . . — U. in K.: Die Festlegung erfolgte bis jetzt monatlich und immer unverändert seit Plagiaten der Kontingenzierung. Für den Dezember

dürfte aber eine Erweiterung eintreten. — S. W. Schl.: Wir lassen uns nicht, wir lassen uns nicht usw. Freund. Gruß!

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beifolgende Adresse):  
Im Gau Hannover die Geher 1. Gerhard Heinrich Sommer, geb. in Schapen (Kr. Vienen) 1895, ausgel. in Vienen 1913; 2. Daniel Amar, geb. in Magador (Marokko) 1887, ausgel. in Lunis 1906; waren noch nicht Mitglieder. — Max Müller in Hannover, Nikolaistraße 7.

Im Gau An der Saale der Drucker Richard Wernicke, geb. in Seiffeldt 1896, ausgel. da. 1914; war noch nicht Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Im Gau Schleswig-Solltein der Maschinenseher August Troppmar, geb. in Sorocaba (Brasilien) 1896, ausgel. in Sao Paulo (Brasilien) 1914; war noch nicht Mitglied. — Martin Püter in Kiel, Schauenburgerstr. 34 p.

Im Gau Westpreußen 1. der Geher Wilhelm Schuldt, geb. in Bergen auf Rügen 1893, ausgel. da. 1912; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Wilhelm Schiller, geb. in Deutsch-Kochschin 1887, ausgel. in Krottschin (Polen) 1905; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig-Schidlib, Karthäuser Straße 86 II.

In Zürich der Schweizerdegen Sigmund Billig, geb. in Stanislaw (Österreich) 1890; war schon Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. — K. Bachmann in Zürich, „Volkshaus“.

**Tüchtige Akzidenz- und Briefseher**  
sucht sofort  
Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

**Geber und Maschinenmeister**  
für gute Stellung sofort gesucht.  
E. Brügel & Sohn, Ainsbach (Bayern).

**Maschinenmeister**  
die sich in seinem Farbendruck ausbilden wollen, sofort gesucht.  
W. Bürgenstein, Berlin SW 48.

**Tüchtige Maschinenmeister**  
in dauernde Stellung gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

**Militärfreier Maschinenmeister**  
tüchtig in Autotypie, Werk- und Akzidenzdruck und erfahren mit Universal- oder Notary-Anlageapparat, zum 6. November oder später gesucht. Angebote mit Leistungs-ausweisen und Gehaltsansprüchen an  
Gebrüder Anauer in Frankfurt a. M.

**Tüchtige Buchdruckmaschinenmeister**  
kriegsverwendungs-fähig, in dauernde Stellung gegen hohen Lohn gesucht. Eventuell Reise-vergütung.  
M. Struchen, Buchdruckerei, Düsseldorf 17. 1953

**Tüchtige Illustrationsdrucker**  
sofort gesucht.  
E. Haberland, Leipzig-Nr. 1903

**Tüchtige Stereotypenre**  
sucht in dauernde Stellung  
Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

**Junger militärfreier Geber** | **Zwei tüchtige Geber**  
zum 6. November oder früher gesucht. Lohn  
nach Gutdünken 3 Mk. bis 4 Mk. | für Inserate und Zeitung stellt sofort ein  
Siern & Co. Hof, Grevenmühlhen (Medde). | G. Struwez Buchdruckerei, Cutil. 1963

Zwei tüchtige  
**Schriftseher**  
für Akzidenzarbeit in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht.  
J. S. Bankauf, Buchdruckerei, Bochum.

Tüchtige  
**Schriftseher**  
für besseren Werklohn sofort oder 14 Tage nach Engagement gesucht.  
Hof- und Steindruckerei  
Dietsch & Brückner, Weimar.

Mehrere  
**Schriftseher**  
in gutbezahlte, dauernde und angenehme Stellung sofort gesucht.  
„Westphener Zeitung“, Bielefeld (D.-Schl.).

**Handseher**  
**Typographseher**  
in gutbezahlte Stellung sucht sofort  
Julius Bels, Hofbuchdrucker,  
Langensalza. 1952

Mehrere Handseher  
ein Monotypseher  
Maschinenmeister  
für besseren Platten- und Zeilchristendruck sofort  
ge sucht.  
Gehardt, Jahn & Bandt, G. m. b. H.,  
Berlin-Schöneberg, Belgiger Straße 61.

Tüchtiger  
**Akzidenzseher**  
zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. An-  
gebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen  
erleben an  
Witt, Schlemming, Königlich Hofseherant,  
Kassel.

**Monotypseher**  
gesucht. Hoher Lohn. Dauerstellung.  
Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften  
an die  
„Germania“ A.-G.,  
Berlin C 2, Stralauer Straße 25.

Schweizerdegen oder Geher  
in Dauerstellung gesucht.  
Buchdruckerei Fink, Groß-Gerau. 1965

**Monotypseher**  
guter Maschinenkennner, militärfrei; der das tarif-  
mäßige Minimum leistet, zu sofort bei einem  
Wochenlohn von 45 Mk. gesucht.  
Rathenower Zeitungsdruckerei,  
H. S. Wendebach, Rathenow.

**Monotypseher**  
für D-Zeiler für sofort oder später bei hohem Lohn  
ge sucht.  
H. W. Sayns Erben,  
Berlin SW 66, Zimmerstraße 29.

**Buchdruckmaschinenmeister**  
und  
**Schriftsetzer**  
finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsfor-  
derungen melden bei  
H. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 6.

**Maschinenmeister**  
oder Schweizerdegen für Zeilchristendruck ge-  
sucht. Anerbieten mit Lohnansprüchen erleben an  
F. P. Peters Buchdruckerei, Rosshurg a. E.

Tüchtiger  
**Maschinenmeister**  
sucht bei hohem Lohn in dauernde Stellung  
Oskar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 b.

Ein  
**Maschinenmeister**  
in dauernde Stellung gesucht. Reise wird ver-  
gütet.  
Weserdruckerei, Geseffmünde.

Zuverlässiger und durchaus selbständiger  
**Schriftgießer**  
für Foucher-Stempelmaschine gesucht. 1962  
Bauerische Schriftgießerei, Frankfurt a. M.

**Typographische**  
**Mitteilungen**  
Heft 11  
kommt am 6. Nov. zum Versand

